

& betrieb gewerkschaft

Zeitung der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE

Mai 2023



FOTOS: VER.DI, KAY HERSCHELMANN

Tarifpolitik im Kontext von Krise und Krieg

Bereits die ersten Monate des Jahres machen deutlich: Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit verschärfen sich. So zeigen nicht nur die mehrheitlich zweistelligen Tarifforderungen der Gewerkschaften, wie hoch der Erwartungsdruck unter den Beschäftigten ist. Auch die neue Strategie eines gemeinsamen Streiks zwischen EVG und ver.di, eines sogenannten Megastreiks, unterstreicht: Für ein gutes Ergebnis muss gemeinsam mobilisiert werden. Gleichzeitig zeigen die Reaktionen der Arbeitgeber eine neue Unversöhnlichkeit in der Auseinandersetzung: Obwohl die Post seit der Pandemie Rekordgewinne einfuhr und die Tarifverdienste hier in den letzten zwölf Jahren deutlich hinter denen anderer Branchen zurückblieben, stellen sich die Arbeitgeber quer. In drei Verhandlungsrunden zeigten sie keinerlei Bereitschaft, die Reallohn einbußen durch ein angemessenes

Angebot auszugleichen. Erst die Einleitung der Urabstimmung und die Androhung eines unbefristeten Streiks bewegten sie zum Einlenken. Am Ende stand ein Abschluss, der vor allem für die unteren Lohngruppen eine Steigerung von über 20 Prozent bedeutet. Das Ergebnis zeigt: Tarifabschlüsse oberhalb der Inflation sind möglich, aber sie müssen hart erstritten werden.

Auch im öffentlichen Dienst und bei der Deutschen Bahn zeigt sich, wie zugespitzt es inzwischen am Verhandlungstisch zugeht. 10,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten fordert ver.di vor dem Hintergrund von Inflation und Energiekrise. Zwölf Prozent mehr will die EVG. Unverhältnismäßig und überzogen sind diese Forderungen aus Sicht der Arbeitgeber. Mit Blick auf den Megastreik rufen sie nach dem Staat und stellen dabei das Streikrecht in Frage. Versteckte Drohungen gab es sogar von Karin Welge,

Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände. Sie mahnte: „Die Gewerkschaften sollten aufpassen, dass sie nicht überziehen.“ Die zugespitzte Auseinandersetzung muss im Kontext von Krise und Krieg gesehen werden und gibt möglicherweise einen Vorgeschmack darauf, dass sich Tarifpolitik unter den Bedingungen von Krise und Krieg verschärft. Die anhaltende Krisendynamik, die hohe Inflation und die steigenden Energiepreise machen gute Tarifabschlüsse notwendig. Zusätzlich politisiert werden die Tarifrunden aber dadurch, dass öffentlicher Dienst, Post, ÖPNV und auch der Handel in der Pandemie systemrelevant waren. Deren Beschäftigte haben unter hohem persönlichen Einsatz und großem gesundheitlichen Risiko verhindert, dass die gesellschaftliche Versorgung zusammenbrach.

Hinzu kommt: In der Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst sit-

zen gewählte Politikerinnen und Politiker am Verhandlungstisch. Verhandlungsführerin Nancy Faeser hat bereits auf die „angespannte Haushaltslage bei Bund und Kommunen“ hingewiesen. Und Verteidigungsminister Pistorius merkte an, dass der Tarifabschluss den Spielraum für Investitionen in die Bundeswehr verengen würde. Dabei steht der Abschluss mit einem Gesamtvolumen von 1,4 Milliarden Euro in keinem Verhältnis zu den 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr.

Die Umverteilungskämpfe werden schwieriger, auch weil der Krieg in der Ukraine finanzielle Ressourcen bindet. Für die Gewerkschaften heißt das, tarifpolitische Fragen verschränken sich mit außenpolitischen Fragen. Der Kampf um gute Tarifabschlüsse ist also nicht allein auf der betrieblichen Ebene zu lösen, sondern ruft das politische Mandat der Gewerkschaften auf die Tagesordnung.



■ Zur Sache:

Demokratie braucht Arbeitszeit

Jan Richter

Die aktuellen Vielfachkrisen sind herausfordernd und stehen im Zusammenhang mit einer Krise der Demokratie. Politikverdrossenheit und Demokratieskepsis nehmen zu. Zwischen gewünschtem Einfluss auf Politik und gleichzeitig empfundener politischer Ohnmacht und Einflusslosigkeit klafft eine Lücke. Das führt zu einem für die Nachkriegszeit einmaligen Ruck nach rechts, ist ohne einen Blick auf die Welt der Arbeit aber nicht zu verstehen. Die Otto-Brenner-Stiftung ging 2020 der Frage nach, wie Beteiligung, Solidarität und Anerkennung im Betrieb erlebt werden und wie sich dieses Erleben speziell auf die Zufriedenheit der Beschäftigten mit der Demokratie auswirkt. Ergebnis: Demokratische Enttäuschungen hängen eng mit dem Ausbleiben von Mitbestimmungserfahrungen am Arbeitsplatz zusammen.

Für demokratische Beteiligung braucht es Selbstachtung. Sinkt der Stellenwert der Arbeit, sinkt auch das Vertrauen in demokratische Prozesse. Wo also Schutzrechte von Beschäftigten abgebaut und Mitbestimmung mit Füßen getreten wurde, ist das Vertrauen in die Demokratie besonders niedrig. Eine Möglichkeit, gegen dieses Ohnmachtserleben vorzugehen, ist, die Demokratie am Arbeitsplatz zu stärken. Mitbestimmung macht Selbstwirksamkeit und demokratische Prozesse erlebbar. Der Strukturwandel betrifft nicht nur alle Branchen, sondern eben auch jeden einzelnen Beschäftigten. Damit diese in der Transformation eine aktive Rolle einnehmen können, sind innerbetriebliche Beteiligungsprozesse auszubauen, die einzelne Beschäftigte

stärker ermuntern, sich einzubringen.

Das Konzept „Ahoi, Mitbestimmung“ enthält dazu viele Ideen, zwei Vorschläge befördern das aber konkret. Da ist zum einen der Ausbau der Betriebsversammlung als eigenständiges Organ der Betriebsverfassung. Einberufen kann sie nicht nur der Betriebsrat, neben dem Arbeitgeber kann es auch ein Viertel der Belegschaft bei ihm beantragen. Die Senkung dieses Quorums ist konsequent, denn die Versammlung ist das zentrale Forum der Kommunikation auf Arbeit, der Ort der betriebspolitischen Aussprache und Meinungsbildung. Das geht Hand in Hand mit der Forderung nach einer Demokratiezeit am Arbeitsplatz, einem Rechtsanspruch für Beschäftigte auf monatlich zwei Stunden Befreiung von der Arbeitsverpflichtung zum gemeinsamen Austausch. Oft fehlt der Raum, sich über betriebspolitische Fragen zu informieren oder Betriebsversammlungen vor- und nachzubereiten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Demokratiezeit stärkt die Mitgestaltung der Beschäftigten und ist direkte Demokratie im Betrieb.

Beschäftigte sind nicht nur die eigentliche Machtressource von Betriebsräten und Gewerkschaften, sie sind vor allem Experten bei Fragen der Gestaltung ihrer Arbeit. Stärken wir ihre Rechte, wird mehr direkte Demokratie im Betrieb erlebbar: Von unten statt in Stellvertretung – nicht als Ersatz für die institutionalisierte betriebliche Mitbestimmung, sondern als deren Ergänzung.

Jan Richter ist Bundessprecher der BAG Betrieb & Gewerkschaft und im Vorstand der Partei DIE LINKE

Ahoi, Mitbestimmung! Betriebsrats-Bashing stoppen Gegenwehr stärken Mitbestimmung ausweiten

Konzept zur Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Reform der betrieblichen Mitbestimmung

Mit ihrem Konzept „Ahoi, Mitbestimmung!“ hat DIE LINKE einen Dreiklang von Maßnahmen vorgelegt, um die betriebliche Mitbestimmung zukunftsfest zu machen und zur Demokratisierung der Arbeitswelt beizutragen. Vorgestellt wurde es von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Susanne Ferschl. Die Reform sei notwendig, „um die bevorstehenden Herausforderungen durch Transformation und Digitalisierung zu bewältigen und im Sinne der Beschäftigten zu gestalten.“ Die langjährige Betriebsrätin unterstrich, dass „Mitbestimmung für DIE LINKE eine herausragende Rolle spielt.“ Die Ergebnisse langjähriger konzeptioneller Arbeit mit Betriebsräten, Gewerkschafter*innen und Jurist*innen sind in dem umfassenden und fortschrittlichen Programm zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zu finden. Besonderes Augenmerk hat die Neugründung von Betriebsräten, die es zu schützen und zu fördern gilt, so Ferschl. Viel zu lang schon können Anwaltskanzleien ungestraft ihr Unwesen treiben, die sich auf die systematische Ein-

schüchterung von Betriebsräten spezialisiert haben. Union Busting stoppen, Gegenwehr stärken und Mitbestimmung ausweiten lautet die Devise. Angesichts der ungeheuren Wandlungsprozesse, vor denen die Arbeitswelt steht, ist die Passivität der Politik fahrlässig. Klimaschutz, Digitalisierung und die fortschreitende Globalisierung erzwingen Antworten auf die Frage, wie in Zukunft global gearbeitet und gewirtschaftet werden soll. Entscheidend wird sein, wer diesen Wandel maßgeblich gestaltet, meint Ferschl und weist darauf hin, dass Konzernvorstände und Arbeitgeberlobbyisten den Umbau der Wirtschaft so vorantreiben, dass die Maximierung ihrer Profite immer mehr auf dem Rücken von Menschen und Natur stattfindet. „Es braucht daher mutige Schritte für den Ausbau der Mitbestimmung bei so wichtigen Fragen wie Beschäftigungssicherung, Weiterbildung, Datenschutz, Gesundheitsschutz sowie dem Klima- und Umweltschutz,“ so Ferschl abschließend.



Buchtipps

Beginnend mit dem Jahr 2010 wächst weltweit die Zahl flammender Proteste: Demonstrationen gegen Lukaschenko in Belarus, Black-Lives-Matter-Proteste in den USA, die Gilets Jaunes in Frankreich oder Proteste in Hongkong. Die weltweit wachsende Wut schürte die Krise liberaler Demokratien und begünstigte rechtspopulistische Regierungswechsel. Wie verändern



sich Gewerkschaftsmacht oder -ohnmacht unter den Bedingungen eines wachsenden Autoritarismus? Ulrike Eifler untersucht in sieben Länderstudien das Wechselspiel von globalem Protest, wachsendem Autoritarismus und gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit.

Ulrike Eifler
Gewerkschaftliche Machtressourcen zwischen Autoritarismus und Aufbruch
Westfälisches Dampfboot
Erscheinungsdatum: April 2023

Ulrike Eifler und Jan Richter

Gewerkschaftsrat im House of Labour

Die letzte Sitzung des Gewerkschaftsrates der Partei DIE LINKE führte uns nach Frankfurt am Main ins House of Labour. Dort sind sowohl die Akademie der Arbeit als auch die University of Labour ansässig. Geschäftsführer Martin Allespach begrüßte uns herzlich und führte uns in die Geschichte des Hauses ein.

Im Anschluss widmeten wir uns der Frage von gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit in der Transformation. Zu Gast war Professor Thorsten Schulten vom WSI der Hans-Böckler-Stiftung. Er verwies auf das Konzept der Arbeitskammern wie sie im Saarland und in Bremen, aber auch in Österreich und Luxemburg existieren. Die abnehmende Tarifbindung und die rückläufige Mitgliederentwicklung der letzten Jahre hätten zu einer Vertretungslücke geführt, argumentierte er. Insbesondere die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt führe dazu, dass vor allem prekär Beschäftigte im politischen Raum kaum noch vertreten werden. Diese Repräsentationslücke könne durch eine Arbeitskammer geschlossen werden. Gerade in Zeiten epochaler Transformationsprozesse bräuchten die Beschäftigten eine Lobbyorganisation, die spiegelbildlich zu den Industrie- und Handwerkskammern die Interessen der Welt der Arbeit stärkt.

Klaus Dörre und Bernd Riexinger dagegen konzentrierten sich auf den Aufbau einer Rätestruktur mit Fokus auf die Beteiligung der Beschäftigten. Dörre legte seinen Schwerpunkt auf Wirtschaftsräte, die auf der Idee neuer Allianzen zwischen Akteuren aus der Umweltbewegung, den Gewerkschaften und der politischen Linken basieren. Während Riexinger vor dem Hintergrund industriepolitischer Umbrüche im Neckarraum sein Konzept alternativer Transformationsräte vorstellte. Diese sollten eigene Konzepte zur Transformation entwickeln. Dem im Juli vergangenen Jahres gegründete Transformationsrat in Stuttgart gehören derzeit 20 Mitglieder an.

Alles in allem war es eine ernsthafte Beratung in guter Atmosphäre, die das Ziel hatte, Impulse zur sozial-ökologischen Transformation mit Blick auf die Welt der Arbeit in die Partei zu geben. Damit gewinnt der Gewerkschaftsrat allmählich an Kontur. Im Frühjahr 2021 vom Parteivorstand einberufen und Ende 2021 personell unterlegt, dient er seit seiner Konstituierung zu Beginn des Jahres 2022 vor allem als gewerkschaftliches Beratungsgremium der Partei, um den Blick auf die Welt der Arbeit zu schärfen – gerade in den aktuellen Transformationsprozessen.

Der Impuls für die Etablierung eines Gewerkschaftsrates kam aus der BAG Betrieb & Gewerkschaft: Die Gewerk-



Treffen des Gewerkschaftsrates der LINKEN am 31. März 2023 in Frankfurt am Main

schaftsarbeit der Partei sollte nicht allein die Aufgabe einer Bundesarbeitsgemeinschaft bleiben, sondern prominent beim Parteivorstand angesiedelt sein. Ein Fokus auf abhängig

Beschäftigte und ihre kollektiven Schutzorganisationen macht den Klassenkompass einer sozialistischen Partei aus. Und genauso wie eine falsche Klassenanalyse zu einer Verschiebung

der parteipolitischen Ausrichtung führt, tun es fehlende Strukturen ebenfalls. Deshalb hat die BAG Betrieb & Gewerkschaft dafür geworben, der Gewerkschaftsorientierung der Partei eigene Strukturen zu geben.

Auf dieser Grundlage beschloss der Parteivorstand einen Dreiklang, der diese Strukturen sicherstellen sollte: Ein Gewerkschaftsrat als gewerkschaftliches Beratungsgremium auf der Bundesebene. Spiegelbildlich dazu sollte der Parteivorstand unter den Landesvorsitzenden dafür werben, dass auch die Landesverbände Gewerkschaftsräte einberufen. Bislang existieren diese lediglich in Sachsen und in Nordrhein-Westfalen. Hier ist also noch einiges zu tun.

Ein zweiter Schritt ist der Gewerkschaftsdialog. Der Gedanke dahinter: Parteispitze und Gewerkschaftsspitze treffen sich mindestens einmal jährlich, um über die aktuellen Entwicklungen zu beraten. Diese Treffen finden seit dem Wechsel in der Führungsspitze zu Janine Wissler regelmäßig statt. In einem dritten Schritt sollte zusätzlich jedes Jahr ein Gewerkschaftsratschlag organisiert werden – der erste ist zum Thema „Aufbruch Ost“ geplant.

Ulrike Eifler und Jan Richter,
BAG Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaftsaktiv: Für LINKE-Mitglieder

Sozialer Fortschritt wird immer erkämpft. Harte Zeiten erfordern starke Gewerkschaften, um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen. Dazu ist die Arbeit in und mit den Gewerkschaften zentral. Um den haupt- und ehrenamtlich in den Gewerkschaften aktiven Mitgliedern der Partei DIE LINKE konkrete Angebote zur Vernetzung machen zu können, haben wir die Datenbank „Gewerkschaftsaktiv“ eingerichtet.

Trag dich ein: Denn wer die Welt des Kapitals schwächen will, muss die Welt der Arbeit stärken!



Konferenz: Gewerkschaftliche Erneuerung

Sei dabei: Vom 12. bis 14. Mai 2023 findet in Bochum die fünfte Streikkonferenz statt. Im Zentrum steht der Austausch über die eigenen Erfahrungen in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, Streiks oder betrieblichen Kämpfen und der Versuch ihrer Verallgemeinerung. Der konkrete Mehrwert für Teilnehmende: die Konferenz vermittelt praxisbezogenes Wissen und bietet die Möglichkeit zur Vernetzung – und damit in künftigen Auseinandersetzungen stärker zu werden.

Programm und Anmeldung:



Hör ich da Tariferando?

Mit der NGG-Initiative „Liefere am Limit“ kämpfen die Beschäftigten Deutschlands größten Essenslieferdienstes Lieferando für einen Tarifvertrag – das wäre der erste überhaupt in der Lieferbranche. Wir haben mit drei von ihnen über ihre Arbeitsbedingungen gesprochen, was ihnen gefällt am Job und was sich ändern muss.

Leo, Vivian und Rizwan arbeiten in Berlin für den Essenslieferdienst Lieferando, Marktführer in Deutschland und Tochter des niederländischen Unternehmens Just Eat Takeaway. Sie bringen Essen aus Restaurants und Fastfood-Ketten wie McDonalds zu anderen Menschen nach Hause oder ins Büro.

Wie viele der etwa 7.000 Beschäftigten in Deutschland sind sie über verschiedene Wege zum Unternehmen gestoßen. Leo arbeitete in einer Werbeagentur und war vom Homeoffice zur Coronazeit genervt. Vivian verlor in der Zeit ihren Job in der Gastronomie und ist jetzt „Kellnerin auf dem Fahrrad“, wie sie selbst sagt. Rizwan kommt ursprünglich aus Pakistan und lebt schon länger in Deutschland, wollte aber weg von seinem vorherigen Job im Bewachungsdienst.



Die Rider Vivian, Rizwan und Leo in Berlin

Sie mögen ihren Job: Die Bewegung an der Luft, das freie Arbeiten ohne einen direkten Chef vor der Nase, den Kontakt mit den Kunden und die Gespräche in den Restaurants, aus denen sie das Essen abholen. Ob bei Regen, starkem Wind oder von Extrem-Temperaturen von minus 10 bis über 30 Grad – sie sind draußen gut sichtbar mit ihrer orangenen Arbeitskleidung

auf dem Fahrrad unterwegs. Damit vertreten sie übrigens nur die Hälfte der Beschäftigten in Berlin. Die anderen sind Autofahrer:innen, die meist unerkannt in der Stadt herum fahren. Sie können viele Geschichten erzählen: Touren, bei denen das Essen per Fuß in den 16. Stock eines Hochhauses geschafft werden musste, weil der Fahrstuhl kaputt war. Von schreienden

Kunden, die sich über eine verspätete Essenslieferung beschwerten, obwohl die Fahrerinnen und Fahrer darauf keinen Einfluss haben. Davon, wie unterschiedlich Trinkgeld gegeben wird: In den teureren Wohnobjekten oder Firmenzentralen mit Bestellwerten von 200 Euro gibt es teilweise gar kein Trinkgeld. In ärmeren Stadtbezirken dagegen vergleichsweise gut oder bei jungen Familien, bei denen eine Bestellung etwas Besonderes am Wochenende ist.

Und sie wollen, dass ihre Arbeit besser entlohnt wird und sich Arbeitsbedingungen verbessern. Häufig werden die Beschäftigten vom Unternehmen als reine Verfügungsmasse eingesetzt, die Schichtplanung sorgt oft für Unmut. Sie folgte dem Windhund-Prinzip: Wer sich als erste oder erster einträgt, bekommt sie. Die anderen haben das Nachsehen. Die Routen sind vor einiger Zeit deutlich ausgedehnt worden, so wird die Anzahl der Lieferungen und das Bonus-system beeinflusst. Die Fahrt vom letzten Auslieferungsort nach Hause wird nicht bezahlt. Der „Feierabend ist manchmal am Arsch der Welt“ und dann wird 30 Minuten oder mehr als „Privatfahrt“ nach Hause geradelt. Schwankende Arbeitszeiten und das Bonussystem verhindern ein verlässliches, regelmäßiges Einkommen und das bei einem Stundenverdienst von 12 Euro für die meisten.

Kolleginnen und Kollegen von Lieferando auf der Konferenz „Gewerkschaftliche Erneuerung“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bochum: FIGHT FOR 15! 14. Mai | 9:30-12:00

Unterstützt von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) haben die Beschäftigten in den zurückliegenden Jahren Betriebsräte in bereits 18 Städten quer durch die Republik gegründet. Er kämpft wurde, dass das Unternehmen auch Arbeitsmittel wie Diensthandys und Fahrrad stellt. Und jetzt fordern sie einen Tarifvertrag mit einem Stundenlohn von mindestens 15 Euro, verbindliche Zuschläge für bestimmte Fahrzeiten oder besonders belastende Arbeitssituation, 30 Tage Urlaub und vieles mehr. Bisher hat das Unternehmen nicht reagiert. Erste Streiks in einzelnen Städten werden geplant und der öffentliche Druck auf das Unternehmen erhöht. Hunderte Fahrerinnen und Fahrer haben sie in den letzten Monaten der Gewerkschaft NGG und ihrer Initiative „Liefere am Limit“ angeschlossen.

Olaf Klenke



EVG: Volle Fahrt voraus

Ende Februar startete die Tarifrunde für die Beschäftigten der Deutschen Bahn. Die Verhandlungen für die rund 50 Unternehmen aus dem Organisationsbereich der EVG finden in diesem Jahr zeitgleich statt, was die Synchronisierung von Warnstreikaktionen erleichtert. Zwölf Prozent fordert die EVG, mindestens aber 650 Euro. Die Arbeitgeber boten bisher fünf Prozent auf 27 Monate. Auf die Mindestforderung von 650 Euro sind sie gar nicht eingegangen, sondern brachten eine Einmalzahlung von 2.500 Euro ins Gespräch. Die ist natürlich nicht tabellenwirksam. Zudem stellten sie die in früheren Tarifrunden durchgesetzte Möglichkeit, zwischen mehr Geld, mehr Urlaub oder einer Arbeitszeitverkürzung zu wählen, in Frage. Stattdessen fordert die

Arbeitgeberseite längere Arbeitszeiten. Bei den Busgesellschaften sollen sich die Löhne am niedrigsten Niveau orientieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Und im Bereich von Sicherheit und Gebäudereinigung will sich die Bahn künftig an „allgemeinverbindlichen, branchenspezifischen Tarifverträgen“ orientieren – diese liegen allerdings deutlich unter dem Niveau der EVG-Tarifverträge. Das alles vor dem Hintergrund, dass sich Bahnchef Richard Lutz das Gehalt für 2022 verdoppelte. Laut Geschäftsbericht lag die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden bei 2,24 Millionen Euro: Zu seinem Grundgehalt von 970.000 Euro kam ein Bonus von mehr als 1,26 Millionen Euro. Schwer vorstellbar, dass es sich dabei um eine Leistungsprämie handelte.



„Wir sind selbstbewusster geworden und das hat der Arbeitgeber auch gemerkt.“

Jan-Noah Friedrich, ver.di-Vertrauensleutesprecher in der Niederlassung Hannover, hat mit uns über die Tarifaueinandersetzung bei der Post gesprochen.

Was hat sich durch diese Tarifrunde bei euch im Betrieb und auch insgesamt unter den Beschäftigten verändert?

Wir sind selbstbewusster geworden und das hat der Arbeitgeber auch gemerkt. Wir sind als Belegschaft viel enger zusammengewachsen. Wir hatten gemeinsame Momente kollektiver Stärke und konnten aus der Resignation ausbrechen. Um die 40 Kolleginnen und Kollegen haben sich neu in ver.di organisiert, ganz viele haben dieses Jahr zum ersten Mal an einem Streik teilgenommen und neue Erfahrungen gesammelt.

Wie habt ihr die Vernetzung unter den Beschäftigten vorangetrieben?

Während der Auseinandersetzung haben wir gemeinsame Treffen organisiert und wir haben uns wöchentlich mit den Vertrauensleuten online zusammenschaltet, um über die Entwicklungen zu sprechen und uns auszutauschen. Wir haben außerdem auch eine bundesweite Vernetzung gestartet, um betriebsgruppenübergreifend in die Diskussion zu kommen und voneinander zu lernen.

Wie bewertest du den Verlauf der Tarifrunde und das Ergebnis der Urabstimmung?

Die Forderungsbefragung war sehr erfolgreich, die Verhandlungstermine waren gut gelegt und wir konnten in



den drei Warnstreikwellen mit fast 100.000 Streikenden zeigen, wozu wir fähig sind. Insgesamt haben sich mehr als 12.000 Kolleginnen und Kollegen neu organisiert. Höhepunkt war unsere Urabstimmung für einen unbefristeten Streik nach der dritten Verhandlungsrunde. Am Ende hatten sich 85,9 % für einen unbefristeten Streik ausgesprochen. Es waren sogar schon gemeinsame Aktionen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst geplant. Und dann kam die überraschende vierte Verhandlungsrunde, nach der die Empfehlung

zur Annahme eines neuen Angebots ausgesprochen wurde.

Wie bewertest Du und die Kolleginnen und Kollegen, die mit Euch gekämpft haben, den Abschluss, der jetzt vereinbart wurde?

Mit dem Tarifabschluss haben wir zwar definitiv eine finanzielle Entlastung, aber er bleibt weit hinter dem zurück, wofür wir ursprünglich gekämpft haben und was wir möglicherweise noch hätten erreichen können. Für viele von uns ist unverständlich, warum wir die historische Chance nicht genutzt haben, einen wirklichen Inflationsausgleich zu erkämpfen und angemessen an den 8,6 Milliarden Euro Konzerngewinn beteiligt zu werden.

Was wollt Ihr in der nächsten Zeit machen, um die Kolleginnen und Kollegen auf weitere Auseinandersetzungen vorzubereiten und um noch stärker in kommende Auseinandersetzungen zu gehen?

Wir müssen jetzt irgendwie schauen, dass wir den Frust und die Enttäuschung vieler Kolleginnen und Kollegen auffangen, ehrlich mit ihnen umgehen und beweisen, warum wir uns jetzt weiter organisieren müssen. Die Kolleginnen und Kollegen haben jetzt ganz viel gelernt und konnten während der Streiks und in den Betrieben spüren, wie viel Macht sie eigentlich haben. Wir dürfen jetzt auch nicht schlafen.

Reallohnverlust auf Jahre?

Mit der hohen Inflation droht 2023 zum vierten Mal in Folge ein Reallohnverlust. Gelingt es den Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchzusetzen, die mit den Preissteigerungen Schritt halten? Die Ampelregierung hat die Inflationsausgleichsprämie geschaffen. Unternehmen können bis zu 3.000 Euro einmalig steuer- und abgabenfrei an die Beschäftigten zahlen.

Auf den ersten Blick gut. Der Nettobetrag entlastet insbesondere untere Lohngruppen schnell. Das Problem: Die Prämie wird nicht dauerhaft gezahlt, entfällt nach einer Zeit. Steht der Prämie eine vergleichsweise niedrige prozentuale Lohnerhöhung gegenüber, bedeutet das bereits auf mittlere Sicht einen deutlichen Kaufkraftverlust. Für eine Durchschnittsverdienerin braucht sich bei einer Lohnerhöhung von 4 % der kurzweilige Effekt der Inflationsprämie bereits im zweiten Jahr auf. Langfristig gehen tausende Euro verloren. Ziel muss es also sein, eine möglichst hohe dauerhafte Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Prämie kann gern oben rauf. Das geht nicht ohne gewerkschaftlichen Kampf. Der große Zuspruch bei zahlreichen Streiks in verschiede-

nen Branchen sollte uns ermutigen, diesen Weg zu gehen.



Olaf Klenke ist Bundessprecher der BAG Betrieb & Gewerkschaft

Mehr Kohle heißt die Parole!

Beschäftigte im Handel brauchen dringend erhebliche Entgeltsteigerungen

Im Einzel- und im Groß- und Außenhandel startet derzeit die heiße Phase der Tarifrunde 2023. Etwa 6,5 Millionen Menschen sorgen dafür, dass die Konsumierenden mit Lebensmitteln, Textilien, Möbeln und vielen weiteren Waren versorgt werden. Im Einzelhandel sind etwa zwei Drittel der Beschäftigten weiblich und teilszeitbeschäftigt. Von den Arbeitgebern wird in den Tarifverhandlungen sogar davon gesprochen, dass die weiblichen Beschäftigten eigentlich nur „Zuverdienende“ zum eigentlichen Haushaltseinkommen des Ehemannes seien. Dieses Weltbild aus dem letzten Jahrhundert ist leider immer noch sehr verbreitet.

Es geht im Kampf um bessere Entgelte im Handel also immer auch um Geschlechtergerechtigkeit. Aber gerade in dieser Tarifrunde geht es um noch viel mehr. Bei einer aktuellen Inflation

von offiziell etwa acht Prozent sind deutliche Entgeltsteigerungen ein absolutes Muss für die Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass die Preissteigerung im unteren Lohnbereich noch viel stärkere Auswirkungen hat als für Beserverdienende.

Seit der Jahrtausendwende haben die Arbeitgeber in der Branche darauf verzichtet, gemeinsam mit den Gewerkschaften die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge (AVE) im Handel zu beantragen. Das hat dazu geführt, dass der ohnehin schon starke Wettbewerb im Handel noch einmal verstärkt auf den Rücken der Beschäftigten verlagert wurde. Mittlerweile liegt die Tarifbindung bei etwa 30 Prozent der Beschäftigten. Dem setzen die Gewerkschaft seit Jahren eine Kampagne entgegen, die unter dem Motto „Einer für Alle! Alle für Einen!“ für die AVE kämpft.

Auch dadurch hat die ohnehin schon massive Angst der Beschäftigten vor Altersarmut weiter zugenommen. Im Einzelhandel muss der Stundenlohn einer Vollzeitkraft (37,5 Stunden nach Tarifvertrag) heute 13,37 Euro betragen, damit sie nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhält. Damit wird deutlich, wie groß die Gefahr der Verarmung der Kolleginnen und Kollegen nach dem Arbeitsleben ist.

Daher sind die Forderungen der Tarifkommissionen im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel absolut gerechtfertigt. Im Einzelhandel haben diese beschlossen, dass eine Erhöhung des Stundenentgelts um 2,50 Euro gefordert wird. Für die Auszubildenden sollen die Vergütungen um 250 Euro steigen. Hinzu kommt die Forderung nach einem rentenfesten Mindeststundenentgelt

von 13,50 Euro sowie die gemeinsame Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge und eine Laufzeit von 12 Monaten. Im Groß- und Außenhandel wird eine Erhöhung der Entgelte um 13 Prozent gefordert, bei einer Mindesterrhöhung um 400 Euro. Auch hier wird eine Erhöhung der Auszubildendenvergütungen um 250 Euro, eine gemeinsame Beantragung der AVE und eine Laufzeit von 12 Monaten gefordert. DIE LINKE steht ohne Wenn und Aber an der Seite der Kolleginnen und Kollegen.



Nils Böhlke ist Bundessprecher der BAG Betrieb & Gewerkschaft

Ulrike Eifler

Wirtschaftsdemokratie muss die Antwort auf die Transformation werden

Die epochalen Umbrüche der Arbeitswelt auf der Basis von Dekarbonisierung, Digitalisierung und Globalisierung und die aktuelle gesellschaftliche Krisensituation werfen zwei zentrale Fragestellungen auf: Wer trifft die notwendigen Transformationsentscheidungen und wer zahlt dafür? Die Arbeitgeberseite hat ein Interesse daran, die Debatte über industrielle Umbauprozesse auf die Einführung neuer digitaler und klimaneutraler Technologien zu beschränken. Dieser rein technologiefixierte Fokus ermöglicht es nämlich, Finanzierungs- und Demokratisierungsfragen gezielt auszublenden.

Eine gerechte Gestaltung der Transformation erfordert jedoch grundlegende Anpassungen des Wirtschaftssystems an das Gemeinwohl. So werden Transformationsprozesse erst dann gerecht, wenn sie zu einer echten sozial-ökologischen Transformation werden. Das bedeutet, dass im Zuge der Transformation klimaneutrale Produktion und Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit gleichermaßen gewährleistet werden muss. Die Zeit, in der Verluste sozialisiert werden, Gewinne aber privatisiert bleiben, muss endlich ein Ende haben. Wenn staatliche finanzielle Unterstützung der Unternehmen nicht an eine Kontrolle ihrer Verwendung, an Tarif-

treue oder eine Stärkung der Mitbestimmung geknüpft wird, wird die Transformation nicht im Interesse der Beschäftigten gelingen.

Es muss ein Ende haben, dass Konzernentscheidungen ausschließlich dem Profitinteresse untergeordnet werden und Betriebsräte nur begrenzten Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen haben. Die aktuellen Auseinandersetzungen um Standort- und Arbeitsplatzsicherung zeigen die Notwendigkeit einer Einflussnahme auf Investitionen in den Betrieben und Regionen. Betriebsräte sollten sich nicht erst dann in wirtschaftliche Konzernentscheidungen einmischen dürfen, wenn Betriebe schließen oder die Beschäftigten auf die Straße gesetzt werden, son-

dern schon vorher, damit es gar nicht erst so weit kommt.

Die Demokratisierung der Wirtschaft darf jedoch nicht auf die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung reduziert werden. Sie muss zugleich gesellschaftlich gestaltet werden. Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist ebenso Teil der aktuellen Transformation wie die Frage, an welche Bestimmungen die Zahlung von staatlichen Subventionen geknüpft wird. Industriepolitischen Forderungen nach einem Transformationsfond, Investitionslenkung oder staatlichen Leitmärkten zeigen: Demokratie und Transformation sind eng ineinander verzahnt. Insbesondere der Zustand der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Pflege, Wohnen, Energie oder Beförderung machen

deutlich: Wenn gesellschaftliche Bereiche dem Profitinteresse privater Unternehmen untergeordnet werden, dann geht das zu Lasten des Gemeinwohls.

Wenn der klimaneutrale Industrieumbau also zu einem sozial-ökologischen Transformationsprozess werden soll, dann muss er vor allem zu einem gesellschaftlichen Prozess werden. Wirtschaft muss sich am Gemeinwohl orientieren. Dazu muss der Vorrang betriebswirtschaftlicher Konzernentscheidungen vor Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit ebenso ein Ende haben wie

die Produktion auf der Basis der Übernutzung von Ressourcen.

Die Gewerkschaften müssen unter Einschluss von Demokratisierungsfragen eine Transformationsperspektive entwickeln, die über bloßes Krisenmanagement hinausgeht. Demokratie und Transformationsgestaltung dürfen nicht voneinander entkoppelt werden, wenn der klimaneutrale Industrieumbau im Interesse der Beschäftigten erfolgreich sein soll. Dazu müssen drei Handlungsebenen in den Blick genommen werden: die betriebliche, die regionale und die gesamtstaatliche Ebene. Die Frage nach einer höheren Besteuerung von Reichtum wird hier zur Grundvoraussetzung für staatliches und demokratisches Agieren in der Transformation.



ABB.: KLAUS MEINHARDT

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Betrieb & Gewerkschaft“

Die BAG Betrieb und Gewerkschaft ist der offizielle Zusammenschluss für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in und um die Partei DIE LINKE. Mit unseren Landesarbeitsgemeinschaften verfügen wir über eine stabile Struktur. Die Organisation von Beschäftigten ist eine notwendige Voraussetzung für unsere Klassenverankerung. Die Arbeit unserer Parlamentsfraktionen ist ohne eine starke außerparlamentarische Bewegung nur halb so wirksam. Aber auch Bewegungen können bei der Durchsetzung ihrer Ziele auf eine Klassenverankerung nicht verzichten.

Klassenverankerung bedeutet, gesellschaftliche Entwicklungen durch die Brille der Beschäftigten zu betrachten. Sie organisieren, um in der gemeinsamen Debatte die Erfahrungen zu bündeln



Aktuelle Bundessprecherinnen und Bundessprecher: Jana Seppelt, Jan Richter, Ulrike Eifler, Olaf Klenke, Anton Salzbrunn, Franziska Junker, Nils Böhlke und Heidi Scharf (von oben links im Uhrzeigersinn)

und eine gemeinsame Sicht auf die Welt zu entwickeln, um der täglichen Individualisierung kollektive Antworten und Mobilisierungsstärke entgegenzusetzen. Wir bieten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter unserem Dach eine gemeinsame Diskussionsplattform an, bündeln ihre Themen und schärfen das gewerkschaftspolitische Profil unserer Partei. DIE LINKE muss ein verlässlicher Ansprechpartner für die Gewerkschaften sein. Gleichzeitig wollen wir aber auch in die gewerkschaftlichen Debatten eingreifen und dort für linke Perspektiven werben. Wir wollen für eine konfliktorientierte, parteiunabhängige, am politischen Mandat orientierte Gewerkschaftspolitik streiten. Wir wollen, wie bei den Pflegestreiks, Arbeitskämpfe politisch verallgemeinern.

Wir wollen Solidarität organisieren. Und wir wollen für klare Positionierungen beispielsweise zu Parteien wie der AfD streiten – nicht von außen, sondern als aktiver Teil der Gewerkschaftsbewegung.

Auf www.betriebundgewerkschaft.de findet ihr spannende Beiträge und Berichte aus der Welt der Arbeit. Ihr wollt mitmachen? Dann scannt den QR-Code.

Hier findet Ihr uns in den sozialen Medien:

Facebook: @Gewerkschafts.LINKE

Instagram:

@welt_der_arbeit

Twitter:

@Welt_der_Arbeit



Gewerkschaften sind in der Friedensbewegung unverzichtbar

Ein Interview mit Özlem Alev Demirel, MdEP. Das Gespräch führte Ulrike Eifler.

Özlem, du bist Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Wie erlebst Du den Krieg in der Ukraine?

Ich erlebe diesen furchtbaren, völkerrechtswidrigen Krieg nicht. Meine Abgeordnetenkollegen und ich sitzen im Warmen. Die Menschen in den Kriegsgebieten, zwangsrekrutierte Soldaten und Deserteure dagegen erleben Leid, Verwüstung und Entheimung. Statt alles dafür zu tun, den Krieg zeitnah durch eine politische Lösung zu beenden, wird er für geopolitische Interessen verlängert und der Tod Hunderttausender in Kauf genommen.

Kannst Du kurz umreißen, worum es in dem Krieg geht?

Im Kern handelt es sich um einen Machtkampf unterschiedlicher Kapitalfraktionen und Staaten: Russland auf der einen und die USA sowie die EU-Staaten auf der anderen Seite. Russland unter Putin ist nicht bereit, den Verlust seiner Einflussphären sowie die Osterweiterung von NATO und EU hinzunehmen. Es fordert eine neue Sicherheitsarchitektur und Garantien. Insbesondere die USA lehnen diese ab und verweigern sich politischen Lösungen im Machtkampf um die Ukraine.

In welchem Zusammenhang steht das mit innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine?

In der Ukraine tobt spätestens seit 2014 ein Kampf unterschiedlicher Machtblöcke und Kapitalfraktionen um eine „pro-russische“ oder „pro-westliche“ Orientierung. Die massive Verschuldung der Ukraine machte das Land abhängig vom Westen. Gleichzeitig formierten sich im Donbass pro-russische Kräfte mit Autonomieansprüchen.

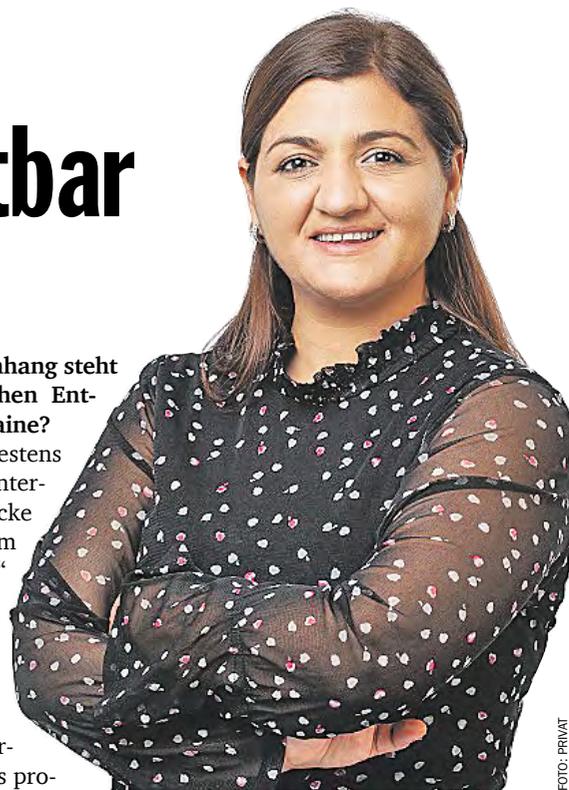


FOTO: PRIVAT

Putin begründet den Einmarsch in der Ukraine mit der Absicht, sie entnazifizieren zu wollen.

Auch wenn die Präsenz extrem rechter, ultranationalistischer Kräfte an wichtigen Schaltstellen in der Ukraine nicht negiert werden darf, ist das ein Vorwand. Auch in Russland gibt es ultranationalistische Kräfte. Antifaschismus dient niemals dazu, ein anderes Land zu überfallen. Im Gegenteil: Er verbietet es.

Ist der Krieg in der Ukraine eigentlich ein Krieg um die Ukraine?

Absolut. Aber es geht auch um die Neuaufteilung der Welt, um Geopolitik, Einflussphären und Hegemonieansprüche. Moskau musste sich von dem Plan verabschieden, eine Marionettenregierung zu installieren und zog sich in die Ostukraine zurück. Um die tobt seit einem Jahr ein heißer Krieg. Dem Westen geht es dabei mitnichten um das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, sondern um die eigene Vormachtstellung.

Wird sich die Welt geopolitisch neu ordnen?

Der weltweite Führungsanspruch der USA wird durch die aufstrebende Wirtschaftsmacht China zunehmend in Frage gestellt. Manchen erscheint eine neue multipolare Weltordnung als Alternative zum brutalen US-Imperialismus. Einige setzen hier Hoffnungen auf die EU, andere eher auf China. Doch der Kampf um Einflussphären, Märkte und Ressourcen ist ein Machtkampf der herrschenden Kapitalfraktionen. Dieser wird immer robuster ausgetragen und die Kriegsgefahr weltweit steigt.

Neben dem wachsenden Unsicherheitsgefühl hat der Krieg aber auch zu sozialen Verwerfungen geführt, oder?

Ja, die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie bringen viele

Menschen wirtschaftlich in Bedrängnis. Und wir sehen in der aktuellen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes, wie die Interessen der Beschäftigten gegen die geplante Aufrüstung ausgespielt werden. So hat Verteidigungsminister Pistorius deutlich gemacht: Der Tarifabschluss gefährdet die Ausstattung der Bundeswehr.

Wie stark ist die Friedensbewegung?

Die Friedensbewegung hatte vor allem zu Beginn des Krieges den Entwicklungen wenig entgegenzusetzen. Das hatte auch mit analytischen Schwächen zu tun. Ich denke, unsere größte Herausforderung ist, den Charakter des Krieges als innerimperialen Machtkampf einzuordnen und die geopolitischen Verschiebungen aus einer Klassenhaltung heraus zu beantworten. Dafür sind die Gewerkschaften unverzichtbar: Nur eine starke Arbeiterbewegung, als Herz der Friedensbewegung, kann die Imperialisten stoppen. In Italien beispielsweise gab es große Demonstrationen gegen Waffenlieferungen. In Belgien und Frankreich gab es Generalstreiks – nicht unmittelbar gegen den Krieg – aber gegen soziale Verwerfungen infolge des Krieges.

Wie kann die Friedensbewegung handlungsfähig werden?

Durch Antworten, die den Krieg in den Kontext der imperialen Kämpfe stellen. Wer kämpft hier und in wessen Interesse? Das scheint mir die entscheidende Frage. Dabei müssen wir solidarisch sein mit den Menschen in der Ukraine. Das heißt, nicht zuzulassen, dass Regierungen ihre geopolitischen Interessen über das Leben der Menschen dort stellen.

Hier handelt es sich um die Kurzfassung des Gesprächs, das Ulrike Eifler mit Özlem Alev Demirel für „Die Freiheitsliebe“ geführt hat. Das ausführliche Interview findet ihr hier:



Die Waffen nieder!

Nein zum Krieg, nein zum Völkerrechtsbruch durch Russland, für Deeskalation und Abrüstung.



Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Hanau

Die Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, ihre unverzichtbare Rolle als Friedensorganisation auszufüllen. Um die innengewerkschaftliche Debatte zu begleiten, laden die IG Metall Hanau-Fulda und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer friedenspolitischen Konferenz nach Hanau ein.

Hintergrund ist der brutale russische Angriff auf die Ukraine. Der Krieg hat seither viel Leid produziert. Hunderttausende haben die sinnlose Eskalation mit dem Tod bezahlt. In den Abnutzungsschlachten um Bachmut sterben täglich 1.000 Soldaten auf beiden Seiten. Und es sind nicht die Söhne der Oligarchen, die auf die Schlachtfelder geworfen werden. Es ist die arme und arbeitende Bevölkerung. Gleichzeitig führt der Krieg zu einer weiteren Verhärtung des russischen Regimes. Andersdenkende und Kriegsdienstverweigerer werden gnadenlos verfolgt. Und auch in der Ukraine wurden harsche Antigewerkschaftsgesetze durchgesetzt, Freiheitsrechte eingeschränkt und mehr als ein Dutzend Parteien verboten. Hinzu kommt: Der Krieg hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigten in Deutschland. Wir erleben eine Inflation wie seit 1951 nicht mehr. Jeder Zweite muss sich inzwischen stark einschränken. Außenpolitische Fragen verschränken sich mit sozial- und tarifpolitischen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben also aus mehreren Gründen ein Interesse an einem Ende des Krieges: Zum Einen muss das sinnlose Töten so schnell wie möglich beendet werden. Eine regionale Eskalation darf es nicht geben. Zum Anderen zeigen die aktuellen Tarifrunden wie schwer es ist, reale Einkommensverbesserungen in Zeiten von Inflation und Energiekrise durchzusetzen. Kriege erschweren die Umverteilung von unten nach oben. Jeder Euro für den Krieg fehlt für eine armutsfeste Sozialpolitik, für gute Bildung und den sozial-ökologischen Umbau.

Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg
23. bis 24. Juni 2023

Gewerkschaftshaus Hanau, Am Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau



FOTO: DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Besetzung des Berliner Gewerkschaftshauses der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch die Sturmabteilung (SA)

Ulrike Eifler

2. Mai 1933 – Sturm auf die Gewerkschaftshäuser

Die Lehre aus dem Verbot der Gewerkschaften ist die Wahrnehmung des politischen Mandats

Am 2. Mai 2023 jährt sich der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser durch faschistische SA-Truppen und die Verfolgung, Verschleppung und brutale Ermordung zehntausender Gewerkschafter zum 100. Mal. Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Krisensituation, die mit einem politischen Rechtsruck einhergeht, sollten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen Blick für die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in Geschichte und Gegenwart entwickeln. Denn das Agieren freier Gewerkschaften und die Inanspruchnahme des Streikrechts sind keine in Stein gegossenen, immer währenden Rechte, sondern Momentaufnahmen im ständigen Aushandlungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit.

Kapitulation vor den Nazis

Wenn wir über den 2. Mai reden, gehört zur Wahrheit leider auch: Die Gegenwehr gegen die SA blieb weitestgehend aus. Die Arbeiterbewegung wurde kampfflos niedergedrückt. In der Folge zeigte sich: Eine Gesellschaft ohne Gewerkschaften ist eine Gesellschaft, in der abhängig Beschäftigte rechtlos sind. Lohnabhängige wurden in einen Zustand der erzwungenen Vereinzelung gedrängt. Tarifverträge wurden in Tarifordnungen überführt. Diese wurden ohne Möglichkeit zum Widerspruch verkündet. Die Löhne sanken. Die Arbeitszeiten stiegen auf bis zu 70 Stunden pro Woche. Die Kapitulation der Arbeiterbewegung ausgerechnet vor einem solchen System gehört zu ihren größten Tragödien. Der Kampf gegen den Faschismus blieb aus. Stattdessen signalisierte der Vorstand des Allgemeinen Deut-

schen Gewerkschaftsbundes (ADGB) Anpassungsbereitschaft bis an den Rand der Selbstaufgabe. So gab es Gespräche mit Vertretern der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) über eine Einheitsgewerkschaft. Und als der ADGB am 1. Mai 1933 seine Mitglieder zur Teilnahme am „Tag der nationalen Arbeit“ aufrief, wurden an den Gewerkschaftshäusern schwarz-rotweiße Flaggen aufgezogen. Gleichzeitig bereitete die Propaganda von der Volksgemeinschaft die Zerschlagung der Gewerkschaften als überflüssige Klassenorganisationen argumentativ vor.

Mehr als eine Fehleinschätzung

Die Unterwerfungsstrategie des ADGB war mehr als die Folge einer Fehleinschätzung. Spätestens mit Beginn des 19. Jahrhunderts sahen die Gewerkschaften im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihre Rolle zunehmend als Hüterin der Gesamtwirtschaft. Bereits 1914 hatten sie beschlossen, für die Dauer des Krieges auf Streiks zu verzichten. In den 1920er Jahren folgten tarifizierte Arbeitszeitverlängerungen. Diese Praxis war das Ergebnis einer gewerkschaftlichen Debatte, in der die Führung des ADGB davon ausging, dass es jenseits des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit vor allem ein wirtschaftliches Gesamtinteresse gäbe, dem die Interessen der Lohnabhängigen untergeordnet werden müssten. Die Folge war die Ausrichtung der Gewerkschaften als partnerschaftlich orientierter wirtschaftlicher Interessenverband. Gleichzeitig ging der ADGB davon aus, sich mit dem faschistischen Regime arrangieren zu können – solange die Arbeitsbe-

ziehungen auf der betrieblichen Ebene geregelt werden könnten, wurden die gesellschaftlichen Auswirkungen des Regimes ausgeblendet. Mit dieser Strategie sollten die Gewerkschaften als legale Organisationen erhalten werden. In dieser Logik bekommt die Unterwerfung unter den Faschismus eine Folgerichtigkeit.

Politisches Mandat der Gewerkschaften

Die Entwicklung zeigt, dass sich Gewerkschaften schwächen, wenn sie sich auf die betriebliche Ebene zurückziehen und die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse aus dem Blick verlieren. Das permanente Bestreben der Unternehmer, den Lohn auf ein physisches Existenzminimum zu drücken und den Arbeitstag auf ein physisches Maximum auszudehnen, erfordert die betrieblichen Auseinandersetzungen ebenso wie die offensive Wahrnehmung des gesellschaftspolitischen Mandats. Das gilt ganz besonders in Krisen- und Kriegszeiten. Vor allem Kriege drängen Gewerkschaften in Widerspruchssituationen: Sie erschweren die gesellschaftliche Umverteilung. Gleichzeitig erhöht die mediale Berichterstattung den Druck zur Zustimmung zum Krieg. Der Blick in die Geschichte zeigt: Gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit entsteht aus der Frage, in wessen Interesse politi-

sche Entscheidungen getroffen, Krisenauswirkungen bearbeitet oder Kriege geführt werden.

Ulrike Eifler ist Bundessprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft



Ja, ich will

- ... regelmäßig die betrieb & gewerkschaft zugeschickt bekommen.

Ja, ich will mehr

- ... Informationen über die AG Betrieb & Gewerkschaft der Linken.

Nein!

- Ich will jetzt endlich mal Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Ja, ich möchte

- ... regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden und deshalb in der AG Betrieb & Gewerkschaft aktiv mitarbeiten

Name

Anschrift

E-Mail-Adresse

Gewerkschaft

Einsenden an DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

DIE LINKE.
& betrieb
gewerkschaft

wird herausgegeben vom
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE,
AG Betrieb & Gewerkschaft
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Berliner Volksbank eG
IBAN: DE38100900005000600000

Telefon: (030) 24 00 93 59

E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Layout: Michael Pickardt

Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH

Erscheinungsweise: Drei Ausgaben im Jahr

Redaktion: Nils Böhlke, Ulrike Eifler,
Olaf Klenke, Jan Richter
Gezeichnete Artikel geben die Meinung der
Autoren, nicht der Redaktion wieder.